

Palästina-Nakba-Tag

66 Jahre Vertreibung der PalästinenserInnen

Wenn am 14. Mai der 66. Jahrestag der Staatsgründung Israels gefeiert wird, sprechen die Organisatoren, die Deutsch-Israelische Gesellschaft, und viele deutsche Politiker von „Demokratie“ und „Vielfalt“. Das ist Show, denn all diese Organisatoren und Politiker wissen es besser. Sie wissen, dass es angebracht ist, die ständigen Menschenrechtsverletzungen und Kriege des Staats Israel zu verurteilen. Einen *Nakba*-Tag (Tag der Katastrophe) veranstalten die ursprünglichen BewohnerInnen des Landes Palästina und



Vertreibung der Bewohner von Ramleh 1948

die internationale Solidaritätsbewegung am 15. Mai. Sie meinen damit den bis heute andauernden Kolonialismus, Vertreibung, ethnische Säuberung und israelische Apartheid. Übrigens: Die Erforschung der Nakba oder gar die Erinnerung an diese Ereignisse in der Öffentlichkeit sind heute verboten im Staat Israel, damit wird versucht, die Geschichte der PalästinenserInnen auszulöschen.

Das zionistische Projekt in Palästina – ein Teil der Kolonialgeschichte

Im 19. Jahrhundert wurden die arabischen Länder zum Ziel europäischer Kolonialmächte. 1799 scheiterte Napoleon beim Versuch, Akko in Palästina zu erobern. Im 19. Jahrhundert nahm der Strom christlicher Siedler aus Europa wie beispielsweise die Korntaler Templer, deutlich zu. Sie wurden unterstützt von den Großmächten. Im Jahr 1916 teilten die Großmächte Großbritannien und Frankreich im Sykes-Picot-Abkommen ihre Einflussbereiche in der Region unter sich auf. Theodor Herzl und seine zionistische Bewegung bauten auf diese Bestrebungen. Herzl wandte sich an die schwärzesten Antisemiten seiner Zeit, den russischen Zaren und den deutschen Kaiser Wilhelm. In seinem Buch „Judenstaat“ (1896) schreibt er: „Für Europa würden wir dort ein Stück des Walles gegen Asien bilden, wir würden den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen. Wir würden ... im Zusammenhange bleiben mit ganz Europa, das unsere Existenz garantieren müsste.“ Taktische und antijüdische Überlegungen während des 1. Weltkriegs motivierten den englischen Außenminister Lord Balfour im November 1917 zur Erklärung, die zionistischen Bestrebungen für den Aufbau einer jüdischen Heimat in Palästina zu unterstützen. Aufbau des zionistischen Siedlerstaats, der von Anfang an

**Veranstaltung:
Am Samstag, 10.05.14
15.00 – 19.00 Uhr,
Marktplatz, Stuttgart**

- 1. Mit der Ausstellung:
*Die Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948***
- 2. Reden palästinensischer und internationaler AktivistInnen**
- 3. Palästinensische Kulturbeiträge**

Veranstalter:

Palästinakomitee Stuttgart e.V.
Palästinensische Gemeinde Deutschland e.V.
Palästinensische Gemeinde Stuttgart e. V.
Palästinensische Gemeinschaft e. V.

gegen die einheimische palästinensische Bevölkerung gerichtet war.

„Schon in seinen Ursprüngen wollte der Zionismus eine homogene jüdische, ethnische Einheit bilden, eine ausschließliche territoriale Souveränität über Palästina.... Das ist das Wesen der zionistischen Ideologie.“ (Jakob Taut, Zeuge des zionistischen Siedlerkolonialismus vor der Staatsgründung, Michael Warschawski, Mitbegründer des Alternativen Informationszentrums in Jerusalem).

Einer der Veranstalter der heutigen Israeltage und Israelkongresse ist die damalige Hauptorganisation des zionistischen Siedlerkolonialismus. Es ist der Jüdische Nationalfonds (KKL). Die Akteure des KKL ließen in Palästina keinen Zweifel an ihren Absichten. Konnte Boden erworben werden, sorgte der KKL für die Vertreibung der PalästinenserInnen. Sollten neue jüdische Besitzer dazu nicht bereit sein, erzwang der KKL die Räumung. In seinen Tagebüchern machte Yossef Weitz 1940 seine Absichten klar: „Transfer dient nicht nur einem Ziel – die arabische Bevölkerung zu reduzieren -, sie dient auch einem ... keineswegs unwichtigeren Zweck, nämlich: Land zu räumen, das derzeit von Arabern bestellt wird, und es frei zu machen für jüdische Besiedlung.... Kein einziges Dorf und kein einziger Stamm darf ausgelassen werden.“ Zum Ende der britischen Mandatszeit, Ende 1947, machte der jüdische Bevölkerungsanteil in Palästina knapp 1/3 aus (größtenteils wenige Jahre zuvor wegen der Verfolgung durch die Nazis eingewanderte Siedler, die oft in den europäischen Nachbarländern nicht erwünscht waren). Damals, im Jahr 1947, waren nur knapp 6% des Bodens in Palästina in jüdischem Besitz.

UNO-Teilungserklärung im November 1947 – Missachtung des Selbstbestimmungsrechts der PalästinenserInnen

Der Teilungsplan vom November 1947, widersprach den Verhältnissen im Land. Der den Zionisten zugesprochene Anteil machte 56% Palästinas aus, wobei mehr als die Hälfte der Bevölkerung dieses Teils des Landes nichtjüdische Araber und damit für die zionistische Bewegung unerwünschte BewohnerInnen waren. Gegen den Willen der palästinensischen Bevölkerungsmehrheit beschloss die UNO den Teilungsplan. Diese Entscheidung stand in offensichtlichem Widerspruch zur UNO- Satzung, die das Selbstbestimmungsrecht vorsieht.

Die ethnische Säuberung

Anfang Dezember 1947, unmittelbar nach dem Teilungsbeschluss in der UNO, begann die ethnische Säuberung mit Angriffen zionistischer Einheiten auf palästinensische Dörfer und Städte. Am 10. März 1948 beschloss die zionistische Führung den Plan D/Dalet, die militärisch gezielte Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung. Im Plan D hieß es: „Diese Operationen lassen sich folgendermaßen durchführen: entweder durch Zerstörung von Dörfern (indem man sie in Brand steckt, sprengt und die Trümmer vermint) und insbesondere von Wohngebieten, die auf Dauer schwer zu kontrollieren sind; oder durch Durchsuchungs- und Kontrollaktionen nach folgenden Richtlinien: Umstellen und

Durchkämmen der Dörfer. Im Fall von Widerstand sind die bewaffneten Kräfte auszuschalten und die Einwohner über die Landesgrenze zu vertreiben.

Am 9. April 1948 begingen Lehi und Irgun, nach zahlreichen anderen Übergriffen zionistischer Milizen, das Massaker von Deir Yassin mit 100 Toten (darunter 30 Babys). Bis Mitte Mai, also bevor die Briten das Land verließen und arabische Truppen angriffen um die ethnische Säuberung zu stoppen, hatten Haganah, Irgun und Lehi über die im UNO-Teilungsplan hinaus gehende palästinensische Gebiete besetzt. Die zionistischen Milizen hatten zu diesem Zeitpunkt auch Jaffa, Haifa, Akko, Safed, Tiberias und Bissan erobert und 300 000 PalästinenserInnen dazu gezwungen, aus ihren Städten und Dörfern zu fliehen. Bis zum Frühjahr 1949 waren mehr als 750 000 und damit etwa die Hälfte der PalästinenserInnen vertrieben. Angesichts dieses Vorgehens bekräftigte die UNO in der Resolution 194 vom November 1948 das Menschenrecht der Rückkehr für die palästinensischen Flüchtlinge an ihren ursprünglichen Wohnorte.

Nach Angaben von Badil (Resource Center for Palestinian Residency and Refugee Rights) gibt es heute weltweit 7,1 Millionen palästinensische Flüchtlinge. Der größte Teil lebt in den Nachbarländern, dem von Israel besetzten Gazastreifen und der Westbank. 400 000 von ihnen sind interne Flüchtlinge in den Grenzen von 1948. Sie dürfen auch als Besitzer eines israelischen Passes nicht an ihre ursprünglichen Wohnorte zurückkehren. PalästinenserInnen mit israelischem Pass machen heute ein 1/5 der Bevölkerung im Staat Israel aus. Nach Angaben der Rechtsanwaltsvereinigung Adalah werden sie durch über 50 Apartheidgesetze diskriminiert und haben praktisch keinen Zugang zu 93% des Bodens im Land. Die PalästinenserInnen in der Westbank leben unter der Militärherrschaft der Besatzung.

PalästinenserInnen sind heute im ganzen israelischen Herrschaftsbereich von ethnischer Säuberung bedroht, durch jüdische Apartheidgesetze und -siedlungen innerhalb und außerhalb der Grünen Linie von 1948, Hauszerstörungen, die Gazablockade, Verhinderung jeglicher wirtschaftlicher Entwicklung, Raub von Wasser und Land und vielen weiteren Unterdrückungsinstrumenten.

Was können wir gegen israelischen Kolonialismus und Apartheid tun?

Boykott von ethnischer Säuberung und Apartheid made in Israel

Im Jahr 2005 haben die palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften eine Boykottkampagne (**BDS**) gegen den israelischen Apartheidstaat gestartet. Sie orientieren sich damit an der erfolgreichen internationalen Kampagne gegen die Apartheidstaaten im südlichen Afrika. Der Staat Israel und seine Apartheidinstitutionen sowie alle, die davon profitieren, sollen solange boykottiert werden, bis der Staat Israel die Rechte der PalästinenserInnen anerkennt und erfüllt.